



Attacken in der Bürgerversammlung

Grafrather wollen von Hartmut Hagenguth wissen, warum Klosterwirt-Investor nicht das gewünschte Baurecht erhält

Grafrath - „Es ist ein Geben und ein Nehmen.“ Mit diesen Worten hat Bürgermeister Hartwig Hagenguth (Bürger für Grafrath) am Donnerstag auf der Bürgerversammlung signalisiert, dass die Ablehnung des von der Firma Real Treuhand gewünschten Baurechts durch den Gemeinderat nicht das grundsätzliche Aus für das Projekt bedeuten müsse. Bisher sei der Investor noch nicht auf ihn zugekommen, sagte Hagenguth in der teils heftigen Aussprache. In dieser wurde ihm auch vorgeworfen: „Entweder er will nicht oder er kann nicht.“ Die Härte, mit der Hagenguth attackiert wurde, erzürnte einen Besucher so sehr, dass er den Rednern vorwarf, ein „unwürdiges Auftreten“ an den Tag zu legen, um danach den Bürgerstadel zu verlassen.

Da sich der Bürgermeister im Jahresbericht zur Klosterwirt-Problematik nicht äußerte, forderte Christian Jenssen eine Erklärung, wie es zum Stillstand gekommen sei und warum die Gemeinde das Angebot von Real Treuhand nicht annehme, für die Sanierung von Klosterwirt und Stadel in finanzielle Vorleistung zu ge-



Bürgermeister Hartwig Hagenguth ist in der Versammlung heftigen Attacken ausgesetzt gewesen. Foto: Reger

hen. „Es geht doch allen um die Erhaltung der Gebäude, wieso stellt man sich jetzt quer?“

Jenssen verstand auch nicht, wieso der Umgriff für den Bebauungsplan vom Gemeinderat auf die Fläche begrenzt wur-

de, die vor dem Bürgerentscheid vom Verein Forum Klosterhof abgesteckt worden war. Dazu sagte Hagenguth, die Erhaltung des Klosterwirts sei weiterhin vorrangiges Ziel. Eine Mehrheit im Gemeinderat finde sich aber nicht damit ab, dafür erheblich mehr Grund zu opfern, als dies vom Forum Klosterhof vorgesehen war.

Burkhard von Hoyer (BfG), dem der frühere Bürgermeister Hans Eiwan neben Quertreiberei vorwarf, „noch nichts für Grafrath geleistet“ zu haben, rechnete vor, dass Real Treuhand durch die gewünschte Baulandausweisung einen hohen Gewinn zu Lasten der Gemeinschaft machen würde. Von Bauland, das nicht für die Erhaltung des Klosterwirtsensembles eingesetzt werde, könnte die Gemeinde bei späterer Bebauung im Zuge der Wertabschöpfung profitieren, ergänzte Hagenguth. Die Gemeinde sei verpflichtet, zu überprüfen und abzuwägen, sagte der Bürgermeister. Sie könne nicht wahllos dem zustimmen, was ihr der Grundeigentümer vorlege. Er bedauere sehr, dass mit CSU/FWE-Stimmenmehrheit kein

weiterer Investor zugelassen worden sei, ergänzte Hagenguth, dann hätte man nämlich Alternativen gehabt und vergleichen können. Der Gemeinderat habe beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen und wie in allen anderen Fällen auch, gehe es nun darum, eine Lösung zu finden, die aus ortsplannerischer Sicht akzeptabel ist und mit der auch der Bauwerber leben kann.

„Haben Sie eigentlich ein gutes Gefühl, wenn sie vor dem Klosterhof stehen?“ wollte Michael Fischer vom Bürgermeister wissen. Dieser erwiderte, dass er auch kein gutes Gefühl hätte, wenn er wertvollen Gemeindegrund verschleudern würde. Ein Besucher warf Hagenguth unter anderem vor, die jetzige Hängepartie mitverschuldet zu haben, weil er den Beschluss des Kaufes durch die Gemeinde gekippt habe. Woraufhin der Bürgermeister auf seine Pflicht verwies, Schaden von der Gemeinde abzuwenden. „Wir hätten uns die Finanzierung nicht leisten können“, sagte Hagenguth. Dies habe auch die Kommunalaufsicht letztlich so gesehen. *mann*

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Nr.269, Samstag, den 20. November 2010 , Seite 5

fenster schließen ✕